

Der Sieger nimmt alles

Ein Versuch über Totalitären Kapitalismus

Eingang

Im Jahr des Bankenkrachs 2008 bezeichnete der Wirtschaftswissenschaftler Robert Reich von der University of California den heutigen Kapitalismus als „Superkapitalismus“ und fragte, wie man diesen daran hindern könne, „auf die Demokratie überzugreifen.“¹ Reichs Dreisatz von Finanzkapital, Wirtschaftsordnung und Demokratiegefährdung ergab sich nicht zufällig. Die Deutungskraft seiner Äußerung ist allerdings begrenzt, hat er doch bezüglich des Übergriffs Präteritum und Futur verwechselt, auch erstaunt ein wirtschaftswissenschaftliches Denken, das zu mehr nicht Mut findet, als den zeitgenössischen Kapitalismus auf einen leeren Begriff zu bringen. Dabei ermöglicht die historische Erfahrung seit 1989, ihn zu füllen: So führte der Anbruch dieser jüngsten Epoche der Geschichte zu einer derartigen Radikalisierung des Kapitals, dass ein Beobachter wie der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt die dadurch promovierte Wirtschaftsordnung Raubtierkapitalismus nennt; abhängig arbeitende Menschen sprechen mit Blick auf das Gebaren des Kapitals von organisierter Kriminalität.

Von diesem Gebaren soll die Rede sein; vielleicht ergibt sich dann auch ein genauerer Begriff für die neue Ordnung.

Sieger im Kampf der Systeme

Produktivkräfte. Industrielle Revolution

Befördert durch die halbe Weltrevolution von 1989, als der staatsbürokratischen Kommunismus in Osteuropa aufgrund seines wirtschaftlichen Versagens systemisch am Ende war und als totalitäre Herrschaft durch Volksbewegungen niedergekämpft

wurde, befördert durch historische Entgrenzung, gelangt eine andere Revolution weltweit zur Reife, deren Wiege in den Vereinigten Staaten von Amerika stand, eine Revolution mit langem Atem, die weder aus Freiheitsdurst noch mit dem Ruf nach sozialer Gerechtigkeit begonnen wurde, sondern sich wie einst die erste Industrielle Revolution in England dem Zusammenspiel von Erwerbsinteresse und technischer Entwicklung verdankt; als zeitgenössische Industrielle Revolution beruht sie wesentlich auf dem Gebrauch des Rechners als Universalwerkzeug und des Internets als Kommunikationsmittel, und sie ist, wie anders, durch einen enormen Qualitätssprung der Produktivkräfte bestimmt, die sie allerdings, als im Rahmen des Kapitalismus, zuerst und zuletzt als Mittel zur Erzielung von *highest possible profit* begreift. Folglich tritt sie auf, als führe der einzige Weg in die Zukunft der Menschheit über die Wall Street.

Weltweites Ausgreifen

Auf diesem Weg sind die einzelnen Volkswirtschaften unterschiedlich weit gekommen: Die technisch-ökonomische und manchmal auch soziale Spitze wird von den europäischen und nordamerikanischen Staaten gehalten, von Japan, Südkorea, Singapur, während Afrika den Tross bildet; zwischen diesen Polen sind die anderen Wirtschaftsräume angesiedelt, ehemals kommunistische wie Russland mit seiner hohen Staatsquote und krassen Gesellschaftsspaltung, welche auch in Südamerika herrscht, wo ein conquistadorisch erzogenes Kapital noch auf Sozialrevolutionäre stößt; bei anderen Nationalökonomien kann von einem hoch entwickelten Kapitalismus gesprochen werden, der jedoch vulkaninselartig aus feudalistischen Lebensformen aufsteigt, wie in Indien, sogar mit Sklavenarbeit, ebenso wie in den mittelalterlich verfassten Golfstaaten, wo Ölbesitz industrielle Produktion überflüssig erscheinen lässt, und bezüglich Chinas von einem, der gerade erst von der Ursprünglichen Akkumulation des Kapitals in eine Mischform aus frühem und hoch entwi-

ckeltem Kapitalismus gesprungen ist: Einerseits ist auch dort die Akkumulation vermittels gewaltsamer Privatisierung von Gemeinschaftsgütern und brutaler Zurichtung und Behandlung von Arbeitskräften mit Methoden abgelebt gewählter Zeiten durchgeführt worden, eine Entrechtung, die sich auf frühkapitalistische Weise hält, ebenfalls mit Einschluss von Sklavenarbeit, während andererseits der chinesische Küstenkapitalismus technisch und ökonomisch zu den fortgeschrittensten Kohorten des Kapitals aufgeschlossen und zu ihrer Überholung angesetzt hat, was alles - Ironie der Geschichte! - von einer Kommunistischen Partei betrieben wird, die sich historisch gezwungen sah, Kapitalismus einzuführen.

Gesellschaftliche Widersprüche

Im „Inneren“ ist dieser Wirtschaftsweise zu eigen, unablässig Produktionsprozesse zu revolutionieren und auf höchst erfinderische Weise Produkte zu entwickeln, somit neue Bedürfnisse und infolgedessen Tätigkeiten zu stimulieren, damit Gesellungsformen aller Art, auf die sich die Menschen aber nicht auf Dauer einlassen können: Fortschritt, Krise und Umsturz ist die Daseinsweise des Kapitalismus, nicht Beharrung, Sicherheit und Beheimatung. Den Bedürfnissen der meisten Menschen entspreche von beidem das Beste: Fortschritt und Beheimatung.

Einerseits äußern sich also im Kapitalismus positive menschliche Wesenskräfte, andererseits stehen ihm ebensolche entgegen. Folglich herrschen wie immer und überall Widersprüche: Im Kapitalismus drückt sich das allgemeine Einverständnis mit ökonomischer Erweiterung in einem unternehmerischen Gewinnstreben aus, das zur Vergesslichkeit gegenüber seinem Grund und zur Verselbständigung als Ziel neigt, wodurch betriebliche Rationalität in gesellschaftliche Irrationalität umschlägt. Die Börsenkurse illustrieren es. Diese Dialektik von Rationalität im Einzelnen und Irrationalität im Ganzen hat Einfluss auf die Haltung der abhängig arbeitenden Menschen. Insofern sie

beispielsweise an umfassender Bedürfnisbefriedigung interessiert sind, ist ihnen Kapitalismus durchaus recht, andererseits sind sie dort antikapitalistisch gesinnt, wo sie nicht Opfer von Entwicklungen sein möchten, von denen lediglich Kapitaleigner profitieren: Siehe den Anstieg der Aktienkurse und der Managergehälter immer dann, wenn bei börsennotierten Unternehmen Arbeitskräfte um der Wertsteigerung durch Kostenminderung willen auf Lohn verzichten müssen oder entlassen werden.

Die Verkäufer von Arbeitskraft stehen also auf schwankendem Lebensboden - im Gegensatz zu Eigentümern oder Managern, die zumeist auch dann fest stehen, wenn ihre Unternehmen fallieren. Die Kosten des Schadens begleichen andere. Der geheimnisvolle gesellschaftliche Prozess, der dies bewirkt, heißt Klassenkampf. Teil dessen ist, dass er geleugnet wird.

Geldverwertung und Lebensführung

Geldverwertung als Selbstzweck

Der gegenwärtige Kapitalismus wird nicht vom Produktionskapital beherrscht, seiner altväterlichen Bemühung um die kostengünstige Herstellung und den einträglichen Verkauf von mehr oder weniger nützlichen Waren, sondern vom Existenzbedürfnis des Finanzkapitals nach der Vermehrung einer einzigen Ware, des Geldes. Inzwischen hat es sich vielfach über die Welt der Güterproduktion erhoben, indem es eine Geschäftsidee verwirklicht, die schneller und höhere Gewinne verbürgt, als sie durch Zinsen für Kredite zu erlangen sind, nämlich den Handel mit Versprechen, Wetten, Mutmaßungen und Absicherungen, also „Finanzprodukten“, begleitenderweise Spekulationen mit Währungen, wichtigen Nahrungsmitteln, Rohstoffen usw. - ein nie dagewesener Bereicherungsprozess, dessen Ausmaß und Geschwindigkeit erst der Rechner und das Internet ermöglichen. So wird auf historisch zweifach neue Weise privates Geldkapital in einem Umfang akkumuliert, der als solcher schon politische Macht bedingt.

In der üblichen Krise beansprucht das Finanzkapital als Bankkapital Hilfe vom Staat. Das Geld wird dem Steueraufkommen entnommen und fehlt woanders. Die Steuerzahler murren. Staat und Banken bedeuten ihnen, dass sie erstens nichts verstehen, zweitens sich beruhigen sollen: Das Geld komme hoch verzinst zu ihnen zurück. Die Steuerzahler glauben es nicht und resignieren. Das Finanzkapital beginnt die nächste Bereicherungsrunde. Sie vollzieht sich abermals in einer Sphäre, die sich über die irdische Produktion erhebt. Philosophisch gestimmte Steuerzahler wähen, der Kapitalismus sei in sein metaphysisches Zeitalter eingetreten. Kunstkenner kommt es mit Blick auf den Abstraktionsgrad der Geschäfte der Finanzwirtschaft im Unterschied zu denen der Realwirtschaft vor, als hole das Finanzkapital eine Entwicklung auf dem Kunstmarkt nach, aus dem der abstrakte Expressionismus als „Malerei des freien Unternehmertums“² diejenigen Gemälde verdrängt hatte, die durch Wiedererkennbarkeit gesellschaftskritisches Potenzial bergen, nämlich die gegenständlichen Werke. Es scheint, als ob diese Kunsterzeugnisse in Gebrauchswerten eine Entsprechung finden. Waltet hier ein ästhetisch-ökonomisches Geheimnis?

Metaphysik hin, Geheimnis her - in Wirklichkeit hat der Kapitalismus lediglich eine Entwicklungsstufe erreicht, auf der die Verwertung der Tauschware Geld, des allgemeinen Äquivalents, zum Selbstzweck geworden ist.³ Hierbei erscheint der Verwertungsprozess den meisten Gewinnern und Verlierern als ein Vorgang, der vom Handeln von Menschen nicht beeinflusst werden kann, da ihnen, befangen im Warenfetischismus, die Selbstverwertung dieser Ware aller Waren wie eine Bewegung des Seins vorkommt, so, als sei sie zwingend in der Evolution angelegt, allerdings einer, der die Menschen verloren gehen.

Asozialität und Verantwortungslosigkeit

Die Asozialität der Entwicklung ist systemisch bedingt und nicht Ausdruck eines schlechten Charakters „der Kapitalisten“, wenn-

gleich gesagt werden darf, dass insbesondere heutiges Kapital durch Erfolgsversprechen unausgesetzt an taugliche Eigenschaften von Menschen appelliert, und zwar aller Klassen, weil es die entsprechenden Einstellungen und Haltungen zu seinem Betrieb benötigt: Raffgier, Lust an der Übervorteilung anderer, Selbstsucht, vor allem Verantwortungslosigkeit. Nicht von ungefähr gehören inzwischen die alten Übel Korruption, Bestechung und Absprachekartelle im besonderen Ausmaß zum Alltagsgeschäft. Demzufolge treten Banker und Manager häufig als Freibeuter auf.⁴ Anders als die Lohnsteuerzahler, können sie Steuerpflichten ausweichen. Auch zahlreiche international tätige Unternehmen schieben ihre Gewinne so oft hin und her und verrechnen sie so kreuz und quer, dass sie, gemessen am Profit, kaum Steuern zahlen - wobei sie allerdings die Infrastruktur staatlicher Wirtschaftsräume nutzen.

Zugleich finden sich von Werkstätten über mittelständische Familienunternehmen bis zu Großbetrieben immer noch besonnene und souveräne Eigentümer und Manager, die über das Gewinnstreben hinaus handeln und gesellschaftliche Verantwortung entwickeln und in deren Firmen sich die Beschäftigten vergleichsweise wohl fühlen und gerne arbeiten. Obwohl gesellschaftlich nützlich, bestimmen und treiben solche Unternehmen nicht das gegenwärtige System, sind aber, wie die anderen Wirtschaftssubjekte, seinen Zwängen unterworfen.

Kapitalisierung der Lebensführung

Konkurrenz und Profitstreben zwingen das Kapital, gestern noch marktfreies Sein und Handeln heute zur Ware zu erniedrigen. Alles und jedes muss überall und immer profitabel verwertet werden können. Das Dasein der abhängig arbeitenden Menschen beglaubigt sich somit aus nur einem Grund und zu nur einem Zweck, dem des *money making*. Der englischsprachige Ausdruck zeigt, woher der Wind weht, der dem Kapital die Segel bläht. „Harvard Business“ und *american way of life* bilden die Koordi-

naten. Dies weist auf die kulturimperialistische Seite der radikalen Kapitalisierung hin.

Als Kapitalisierung der Lebensführung geht sie einher mit der Verdrängung von Empathie. In der Apathie nötigt die Herausstellung des Ichs zur Rücknahme des Selbst. Durch die Leistungsverdichtung am Arbeitsplatz kommt es zu psychischen Erkrankungen in bisher unbekanntem Ausmaß. So verkümmert die Gesellschaft zum Markt, der Lebenslauf der Einzelnen zum Wirtschaftsprozess; die Menschen sollen ihr Leben nicht mehr als sättigendes Arbeitsleben führen, sondern es stets ungesättigt als Moment einer umfassenden Kapitalverwertung hinbringen; als Händler ihrer Arbeitskraft sollen sie zu Kleinunternehmern werden, die sich auf dem Markt allein durchschlagen; sie sollen Unsicherheit als Befreiung erleben und Solidarität wie eine Krankheit meiden.

Privat vor Staat

Privatisierung der Res publica und von Wissen

„Privat vor Staat“ lautet das Programm des 89er Kapitals und eines parteiübergreifenden Neoliberalismus. Die Forderung bezieht sich sowohl auf die Privatisierung der Res publica als auch im Zeitalter verwissenschaftlichter Produktion auf die von Wissen. Wer sie als Wirtschaftssubjekt für sich durchsetzt, verfügt außer über privaten Reichtum auch über den der Gesellschaft.

Privatisierung der Res publica

In allen Wirtschaftsräumen hat ein ökonomischer Prozess an Tiefe und Geschwindigkeit gewonnen, der über steuerfinanzierte Subventionen Eigentümer und Aktionäre begünstigt, was mitunter auch Arbeitskräften zugute kommt, eine Wirtschafts- und Industriepolitik, die oft genug schon aufgrund bloßer Ansiedlungsversprechen Infrastrukturen finanziert, doppelt verlorenes Steuergeld, eine Verkehrspolitik, die keine Alternative dazu verwirklichen kann, dass Straßen und Autobahnen von Unternehmen in-

folge der Just-in-time-Produktion als rollende Lager genutzt werden, wobei die Reparatur von Straßenschäden und der Bau neuer Autobahnen aus dem Steueraufkommen bezahlt wird, weil die Maut dazu nicht ausreicht, die natürlich auf den Preis der transportierten Güter aufgeschlagen wird, außerdem muss die Bevölkerung auf dem Weg zur Arbeit Staus in Kauf nehmen, wird insgesamt ungefragt für die Kostenminderung und somit Gewinnsteigerung entsprechender Unternehmen in Anspruch genommen; eine Erscheinung, die auch mit Blick auf die Hochrangigkeit von Werten wie die Freiheit der Bewegung und die Freizügigkeit interessant ist; dann eine Rentenpolitik, die den Versicherungskonzernen nützt, also deren Großaktionären, eine Gesundheitspolitik, die bei der Kostengestaltung die pharmazeutische Industrie schont, also deren Großaktionäre, und die zu einer immer kleinlicheren betriebswirtschaftlichen Kalkulation von Handlungsabfolgen und Zeitabläufen in der Krankenpflege führt, der Altenpflege und der Pflege von Behinderten zu Zwecken parentierlicher Vermarktung mitmenschlicher Arbeitstätigkeit, welche sich aber nicht parentierlich vermarkten lassen kann, ohne sich aufzugeben, wie das patientenfeindliche Gesundheitssystem der USA zeigt; schließlich eine Politik der Privatisierung öffentlicher Güter, natürlich unter Wert, die hauptsächlich großen Kapitalanlegern zugute kommt, etwa eine des Verkaufs von Eisenbahnen, die in mehr als hundert Jahren über öffentliche Finanzierung entstanden sind,⁵ ebenso von Post- und Telekommunikationsdiensten, staatlichen Forsten, Stadtwerken, kommunalen Wohnungen und Siedlungen und dergleichen mehr.

Nach dem Verkauf werden die Güter und Dienstleistungen zu meist schlechter und teurer, verdienen Beschäftigte weniger, werden viele von ihnen entlassen - es kommt allerdings auch vor, dass Leistungen besser und billiger werden und neue Arbeitsplätze entstehen; hier herrschen, wie zumeist bei Privatisierungen, widersprüchliche Prozesse; der Skandal liegt in der staatlichen Verschleuderung gemeinschaftlich aufgebracht

Werte und darin, dass die Erlöse nicht denen zugute kommen, welche diese Werte zum Teil über Generationen hinweg aufgebracht haben: als *Volksvermögen*. Sie werden entschädigungslos enteignet. Der Vorgang gemahnt an den Raub der Allmende in der Ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. In der Logik des Übertragungsprozesses liegt es, auch Öffentliche Dienste steuerfinanziert zu privatisieren, wie vor einiger Zeit in Kommunen in England und in Deutschland begonnen. Ein Unternehmen sei billiger, heißt es, und es arbeite besser. Es wird sich zu beidem aber nur so lange bequemen, bis es eine Monopolmacht geworden ist, ungestellt die Frage, welche Form künftiger Res publica sich hier entwickelt: eine nach Feudalherrenart?

Kommt hinzu eine fallweise Umwidmung der Städte, ihrer öffentlichen Plätze und Räume, die der Kommerzialisierung zu Opfer fallen, immer neuen Einfällen des sogenannten Stadt-Marketings, dem Bau von Einkaufszentren, die Einkaufsstraßen veröden lassen, wobei letztlich städtischer Raum privatwirtschaftlich genutzt wird und Bürger zu Verbrauchern heruntergestuft werden, Vorgehen, die zur Begrenzung von Bürgerrechten und zur Ausweitung von privatem Hausrecht führen; man muss vor Absperrungen halten, wird umgeleitet, muss sich ausweisen, sich kontrollieren lassen⁶ - siehe auch das Fußballgeschäft mit seiner ungleichen Aufteilung von Gewinnen und Kosten zwischen Uefa und Kommunen, wenn Weltmeisterschaften und Kontinentalmeisterschaften ausgerichtet werden.⁷ Die Res publica wird auch hier privatisiert, und so geht es weiter bis zum Zugriff auf Gefängnisse als an den Staat vermietete Gebäude, auch mit privatem Wachpersonal, dort und darüber hinaus indirekt auf die Staatsgewalt durch private Sicherheitsdienste.

Als scheinbar abgelegenes, tatsächlich aber in seiner Drastik äußerst erhellendes Beispiel sei die Privatisierung des Krieges genannt, als Ultima Ratio des Erwerbstrebens; der Krieg bzw. der bewaffnete Einsatz wird vom Schrittmacher USA und anderen Staaten nicht mehr lediglich mit Soldaten, sondern auch mit Hil-

fe von „Sicherheitsfirmen“ geführt, die vom Staat, also aus dem Steueraufkommen bezahlt werden; es sind Kombattanten, auf die das Kriegsrecht kaum zugreifen kann, wobei zu den Eigentümern der „Sicherheitsfirmen“ auch Politiker gehören, die diesen Firmen Aufträge erteilen.⁸ Damit findet der Krieg zu Akteuren zurück und knüpft an Einsatzformen an, die aus der Geschichte bekannt sind,⁹ besonders derjenigen des Spätfeudalismus. Man darf gespannt darauf sein, wann und wo ein Kriegsunternehmer wie weiland Wallenstein auftaucht und unmittelbar internationale Staatspolitik betreibt. Am ehesten in den USA?

Privatisierung von Wissen

Im Zeitalter längst verwissenschaftlichter Produktion und von wissenschaftsgeprägten Gesellschaften verspricht die Privatisierung von Forschung und Wissen ein gutes Geschäft. Dabei müsste sich vorhandenes Wissen nachträglich privatisieren und neues vorwiegend privat schöpfen lassen. Weil dieser Zwillingsvorgang unter der Bedingung von Konkurrenz und in natürlicher Feindschaft gegenüber freiem Wissen und freiem Wissenserwerb vor sich geht, muss das private Wissen als solches geschützt und privilegiert werden.

Dies Begehren bezieht sich vorderhand auf den Schutz geistigen Eigentums, von Erfindungen, Programmen und Verfahrensweisen, von Kompositionen, Dichtungen und anderen Schöpfungen. Es ist gerechtfertigt, ein solches Eigentum gegen unbefugte Übernahme zu schützen, ebenso, es zu eigenem Nutzen zu verwerten und zu vermarkten.

Das Problem ist die Übertragung dieses Schutzes auf andere Bestandteile des gesellschaftlichen Wissens und Könnens: Siehe die in privaten Wissenschaftsbetrieben gewonnenen Erkenntnisse über die DNS: Sie sollen geistiges Eigentum sein? Warum nicht auch die Nutzung des Feuers, der Lehrsatz des Pythagoras oder die Mendelschen Regeln?

In den USA erfolgt der Schutz privaten Wissens durch eine inzwischen uferlose Patentierung von allem und jedem, was jetzt oder später oder irgendwann und irgendwie als verwertbares Wissen und als verwertbare Handlungsweise oder Verfahrensweise bezeichnet werden könnte: von Naturprozessen (!) über Aspekte des Weltkulturerbes bis zu Einzelheiten der Sprache: Microsoft versucht beispielsweise, sich ein Patent auf die Konjugation von Verben ausstellen zu lassen.¹⁰ Fehlt noch, dass ein Unternehmen ein Patent auf die Atemluft erwirbt und dieses „Produkt“ den Menschen zur Nutzung in Rechnung stellt. So etwas markierte dann, als Kapitalisierung von Lebensbedingungen, die höchste Stufe der Privatisierung. Dabei sind schon längst Forschungsergebnisse patentiert und vermarktet worden, die jene Stufe anzielen, beispielsweise in der Agrarindustrie die genetische Veränderung von Saatgut, dergestalt, dass es keine neue Saat mehr zeugt und die nächste Aussaat wieder zugekauft werden muss, die Bauern dadurch und über Knebelverträge von Landwirtschaftskonzernen wie einst von Feudalherren abhängig werden, nicht gefragt nach den Folgen der genetischen Verarmung von Saatgut.

Was schließlich Universitäten und andere wissenschaftliche Einrichtungen angeht, sollen sie sich als englischsprachige Unternehmen „aufstellen“, welche marktfähige Forschungsergebnisse zu „produzieren“ haben, gern mit Hilfe von Fördermitteln „aus der Wirtschaft“, von welchen Mitteln sie als private oder unternehmerisch tätige Wissenschaftseinrichtungen schließlich abhängig werden.

Das führt zur Beeinträchtigung freier und gemeinnütziger Forschung, dies, nachdem sich die Wissenschaft in Europa und für die Welt in einem jahrhundertelangen Kampf gegen die Feudalmacht Kirche die Freiheit des Denkens und des freien Austausches von Erkenntnissen und Entdeckungen erkämpft hat: So gesehen, nehmen Kapital und kapitalisierte Wissenschaft die Aufklärung zurück.

Die Rücknahme verteidigen zu können, hat sich, vorrangig in den USA, eine Rechtsprechung durchgesetzt, welche zur Bedrohung all jener Einrichtungen und Menschen führt, die außerhalb kapitalgebundener Forschung zu denjenigen Erkenntnissen gelangen, die seitens des Kapitals für eigene oder für schon patentierte gehalten werden oder gar zu Erkenntnissen, welche die Schädlichkeit bestimmter Produkte oder Verfahren belegen. Wenn Wissen Privateigentum ist,¹¹ steht unabhängiges Denken in Gefahr, kriminalisiert zu werden.¹²

Damit ist die Freiheit der Meinungsäußerung bedroht. Auch hier setzt das Kapital zum Angriff auf die Demokratie an. Man muss sich ihm fügen, andernfalls man vor Gericht gezerrt wird. In den Verfahren geht es dann um Schadensersatzforderungen in schwindelerregender Höhe. Was die USA betrifft, so haben dort die Angeklagten über ihre Steuern den Erwerb des für patentiert gehaltenen Wissens selbst bezahlt, da aufgrund entsprechender Gesetze staatliche Forschungsförderung der Herausbildung privaten geistigen Eigentums zu dienen hat.¹³

Allerdings birgt die Privatisierung von Wissenschaft und Wissen die Gefahr einer Fesselung wissenschaftlicher Produktivität und von zumindest technischer Entwicklung. Nicht von ungefähr erinnert man sich hier an Karl Marx, der 1859 in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ an bekannter Stelle schrieb, dass Eigentumsverhältnisse, die zu einer Fesselung von Produktivkräften führten, ihre eigene Aufhebung bewirken würden. Will das Kapital prüfen, ob Marx Recht hat? Nein, sein Vorgehen ist einfacher zu erklären: Weil es nicht über den Fressnapf hinausdenkt, frisst es auch den.

Formierung von Recht und Bestimmung von Staatshandeln

Die zweite Forderung nach „Privat vor Staat“ wäre „Privat als Staat“, aber sie aufzustellen, halten das Kapital und seine politischen Auxiliärtruppen nicht für angezeigt. Es reicht, die juristischen und politischen Interessen der Kapitaleigner vor denen der

Arbeitsbevölkerung zu befriedigen. Dazu gehört die Formierung des Wirtschaftsrechts und des Rechtsverkehrs nach angloamerikanischem Vorbild sowie die Bestimmung des Staatshandelns in jenen Bereichen, die für das Kapital strategisch wichtig sind. Wer dies als Wirtschaftssubjekt für sich durchsetzt, verfügt außer über die ökonomische auch über entscheidende rechtliche und politische Macht.

Formierung von Recht

Auf brachiale Weise dringen die USA weltweit und somit auch in Kontinentaleuropa darauf, dass ihr System des Fallrechts das System des Kodifikationsrechts verdrängt; sie versuchen, „wie einst die Briten mit dem Export ihres Rechts ihre politische und wirtschaftliche Macht auszuweiten und zu sichern, nicht zuletzt die der großen Anwaltskanzleien.“¹⁴

Der Zugriff gilt zunächst dem Handelsrecht, dem Gesellschaftsrecht, Vertragsrecht, Urheberrecht, dem Patentschutz usw., erst indirekt dem Strafrecht. Wenn es dann um die Auslegung von Gesetzen und die Art und Weise der Rechtsprechung geht, droht den kontinentaleuropäischen Rechtssubjekten, Schritt für Schritt einem Rechtsdenken ausgesetzt zu werden, das ihnen fremd ist, etwa durch Wegfall der Unschuldsvermutung, eine Konfliktregelung, die möglicherweise künftig auch in einer fremden Sprache durchgeführt werden wird, der englischen.¹⁵ - „Sprache ist ein Instrument der Politik. Sprachen sind wichtige Waffen im weltweiten Wettstreit um Meinungen und Macht,“¹⁶ schrieb vor einigen Jahren der britische Soziolinguist Ronald Wardhaugh wie in einem Kommentar dazu.

Inzwischen hat sich auch „das Bild vom Menschen im Recht“ gewandelt, wie ein bekanntes Wort des Juristen Gustav Radbruchs lautet. Die neue Ansicht verdankt sich einem fatalen Schulterschluss von Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft.¹⁷ Ihr Konstrukt reduziert den Menschen als Rechtssubjekt einerseits auf die Rolle des Konsumenten, andererseits auf die

des Produzenten, kennt also nur noch Verbraucher und Unternehmer. Für den Rechtsanwalt Friedrich Graf von Westphalen offenbart diese Setzung die „Ökonomisierung“ des Rechts, die er als „Krebsübel“¹⁸ bezeichnete.

Welche Partei sich in einem Rechtsstreit auf der Grundlage eines „ökonomisierten Rechts“ eher durchsetzen wird, liegt auf der Hand: Es greift eine Entwicklung hin zu einer Zwei-Klassen-Justiz Raum, bei der durch Urteilsabsprachen vor Gericht reiche Wirtschaftskriminelle begünstigt werden, ein Verfahren, das Juristen inzwischen auch am deutschen Rechtsstaat kritisieren.¹⁹

Darüber hinaus werden Arbeitskräfte neuerdings gern wegen kleinster Verfehlungen entlassen, während wirtschaftskriminelle Manager kaum je belangt werden. Die Entlassungen haben vor Gericht fast immer Bestand. Sie „künden von einer bemerkenswerten Verrohung der Sitten auf dem Arbeitsmarkt,“ schrieb ein Beobachter.²⁰

In der Europäischen Union führt die Ausrichtung der Politik der EU an den Interessen des Kapitals zu einer Gesetzgebung des europäischen Parlaments und damit zu einer Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes, durch die bei einem Konflikt zwischen Kapitaleignern und Arbeitskräften nahezu systematisch gegen die abhängig arbeitenden Menschen entschieden wird.²¹

Bestimmung von Staatshandeln

In seiner Antrittsvorlesung „Amerikanisierung des Rechts“ an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich lenkte der Schweizer Jurist Hans-Ueli Vogt 2004 den Blick auf diejenigen gesellschaftlichen Subjekte, welche von dieser Amerikanisierung als einer Kapitalorientierung des Rechts profitieren und die darüber hinaus direkt auf das Staatshandeln übergreifen: die global tätigen Unternehmen. Zu deren politischer Bedeutung führte er aus: „Nur 19 Staaten haben ein Bruttosozialprodukt, das den Umsatz des weltgrößten Konzerns, des Detailhändlers ‘Walmart’ übersteigt; und unter den 100 größten wirtschaftlichen Gebilden sind nur 48 Staaten, der Rest sind Konzerne.“²²

Auch wenn einzelne der von Vogt genannten Daten sich im Laufe der Jahre ändern mögen - die unterschiedliche ökonomische Potenz privater und staatlicher „wirtschaftlichen Gebilde“ bleibt erhalten. Angesichts der Macht der privaten Wirtschaftsgebilde ist kein „westlicher“ Staat bereit, durch seine Gesetzgebung oder in einem Konflikt Arbeitnehmerinteressen zur Geltung zu bringen. Von Selbstbehauptung der Res publica, gar Auflehnung kaum ein Hauch, so dass sich ein völlig entspanntes Kapital wie eh und je mit der „Pflege der politischen Landschaft“ befassen kann, wobei hier noch nicht einmal an die weitgehende Personalidentität von Kapital und Politik in den USA gedacht ist, lässt sich doch auch weniger plakativ ein Stück aufführen, in dem die Politik die Charge macht, werden doch längst auch anderswo Regierungskonferenzen „finanziell unterstützt“, Ministertreffen, nationale und internationale politische Veranstaltungen, Parteitage, werden intensive Kontakte zu Politikern aller gängigen Farben und derjenigen Ämter gepflegt, die wirtschaftspolitisch bedeutsam erscheinen, was häufig dazu führt, dass Politiker nach dem Ausscheiden aus dem Amt in Unternehmen wechseln, mit deren Branchen sie zu tun gehabt hatten.²³ Wodurch haben sie sich das verdient?

Zugleich fühlen sich Regierungen gedrängt, Kommissionen von „Fachleuten aus der Wirtschaft“ einzusetzen und sie Lösungen gesellschaftlicher Probleme ausarbeiten zu lassen, die dann Gesetz werden, und Unternehmensverbände entsenden verstärkt „Fachleute“ in die Ministerien, die dort federführend an bestimmten Gesetzentwürfen mitarbeiten, wenn nicht von vornherein Anwaltskanzleien mit deren Ausarbeitung betraut werden oder Unternehmensstiftungen sich zur Geltung bringen, wie bei der Politik der „Agenda 2010“ der sozialdemokratisch-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder, deren Ziele weitgehend von einem Forderungskatalog der Bertelsmann-Stiftung abgeschrieben wurden.²⁴ Die entsprechenden Gesetze werden schließlich zur Abstimmung an ein Parlament weiterge-

reicht, in dem zwar von den herrschenden Fraktionen kaum noch die Lebensfragen der Nation öffentlich verhandelt werden, aber doch in aller Regel den Interessen des Kapitals als Allgemeininteressen beigespflichtet wird.

Entwicklungslogisch und systemfunktional folgerichtig beherrschen inzwischen die Apparate der Exekutive stärker als zuvor die Parlamente und verdrängen, wie gesagt, die von der Exekutive einberufenen Kommissionen „von Fachleuten aus der Wirtschaft“ die parlamentarischen Fachsausschüsse, werden also auch von daher die Parlamente geschwächt, die es sich allerdings gefallen lassen und dadurch zu nachgeordneten Politbürokratien herunterkommen; die Gestalt des souveränen Abgeordneten verschwindet, auch, weil die meisten Politiker über keine existenzielle Erfahrung mit Erwerbsarbeit verfügen, somit vom Lebensalltag nichts wissen; es überwiegen Parteisoldaten und Fraktionsbürokraten ohne Gesicht. Damit ist nicht gesagt, dass sie nicht fleißig und gutwillig sind, sondern dass sie wie weisungsgebundene Sachbearbeiter auftreten.

Das Nachsehen haben die abhängig arbeitenden Menschen. Während eine Internationale von Kapitaleignern Bilanz um Bilanz ihren Reichtum mehrt und sich in der Krise vom Staat mit Steuergeld sichern lässt, stagniert das Einkommen großer Gruppen nationaler Arbeitsbevölkerungen und erodiert in sozial entwickelten Wirtschaftsräumen der Sozialstaat. Er ist aber das Lebensgehäuse der dort abhängig arbeitenden Menschen. Wollen sie ihre Interessen geltend machen, sehen sie sich in eine historische Defensive gedrängt. Parlamente und Regierungen stehen ihnen fremd gegenüber; oft kommt es ihnen vor, als hätten sie es mit gegnerischen Mächten zu tun.

Kapitaleigner zu begünstigen, bemühen sich deutschen Parlamente und Regierungen in besonderem Ausmaß,²⁵ vorzugsweise bei der Steuergesetzgebung,²⁶ womit sich dann bezüglich der Verteilung von Vermögen eine groteske Ungleichheit ergibt.²⁷ Es war kein Geringerer als der us-amerikanische Finanzinvestor

Warren Buffet, der 2007 den Grundkonflikt antagonistischer Gesellschaften auf den Punkt brachte: „Es gibt einen Klassenkampf“, sagte er, „und meine Klasse gewinnt.“²⁸

Das System des Siegers

Da eine genaue sozialstatistische Analyse der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung von der Wissenschaft bisher vermieden wurde, steht eine präzise wissenschaftliche Typisierung des gegenwärtigen Kapitalismus noch aus.²⁹

Aber ist diese Gesellschaftsordnung geschichtlich nicht immer die gleiche geblieben? Wird sie doch von der privaten Aneignung gemeinschaftlich erwirtschafteter Gewinne bestimmt, beruht sie doch auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, das in Wirklichkeit allerdings staatlich gestütztes Mischeigentum ist. Kommt hinzu der Zwang zum Maximalprofit. All dies dauert, und so versteht es sich von selbst, dass die Epochen dieser Wirtschaftsweisen aneinander erinnern. Dennoch sind Rheinischer und Angloamerikanischer Kapitalismus nicht dasselbe. Robert Reich hat den heutigen „Superkapitalismus“ genannt. Der Begriff ist nicht falsch, aber leer; er gibt einen Eindruck wieder. Welche andere Begriff wäre mit Inhalt gefüllt?

Nun - da die gegenwärtig herrschenden Fraktionen des Kapitals nach angloamerikanischem Vorbild und bestimmt von den USA auf historisch aktualisierte Weise das Recht des Zugriffs auf alle materiellen und immateriellen Güter der Gesellschaft beanspruchen, ebenso Allzuständigkeit, überall das Letztentscheidungsrecht, da dieser Kapitalismus das gesamte gesellschaftliche Leben, alle Subsysteme, alle sozialen, kulturellen und politischen Prozesse nach Verwertungsgesichtspunkten zu formieren trachtet, das Prinzip des Privatprofits lückenlos zur Geltung bringen will, ist sein Zugriff *total*, und weil der Zugriff unter der Bedingung einer historischen Schwächung von Gegenkräften auf aggressive, radikale, asoziale - summarisch also *diktatorische* Weise vorgenommen werden kann, ist dieser Kapitalismus *totalitär*.

Allerdings ist Totalitärer Kapitalismus nicht mit politischer Diktatur gleichzusetzen; als Wirtschaftsdiktatur verträgt er sich mit jeder staatlichen Ordnung, in der er geduldet wird, somit auch mit der politischen Demokratie, gerade mit dieser, da hier das Kapital mit der Bindung der Bevölkerung an das System rechnen kann: Stabilität ist gut für das Geschäft, die freiwillige besser als die erzwungene - wobei die Zustimmung zur zumindest formalen Demokratie nur so lange Bestand haben wird, wie die Bevölkerung sich botmäßig verhält.

Auf der Erscheinungsebene gemahnt der Totalitäre Kapitalismus in mancher Hinsicht an den Feudalabsolutismus.³⁰ Auch andere Autoren greifen die Feudalismusmetapher auf: So resümierte der polnische Autor und weltreisende Reporter Ryszard Kapuściński 2000 in seinen Notizen über die globale Wirtschaftsentwicklung: „Wir haben es mit einem neuen Feudalismus zu tun.“³¹ Im Jahr 2004 führte der französische Schriftsteller Pascal Bruckner mit Blick auf das Wirtschaftsgeschehen aus, man werde heute „Zeuge des Entstehens einer neuen Kaste, die {für ihn} durchaus feudalistische Züge“³² trage, und der us-amerikanische Philosoph Richard Rorty fragte im selben Jahr im Zusammenhang mit der Erörterung politischer und polizeilicher Entwicklungen in seinem Land, „ob die Bürger in den westlichen Demokratien etwas tun können, um zu verhindern, dass ihre Enkel irgendwann in einer Art von Neofeudalismus leben müssen.“³³

Ausgang

Aus der Weltumwälzung von 1989 trat der Kapitalismus als Triumphator hervor. Zeitzeugen wissen zu berichten, dass damals manchem Prediger der Siegesmesse das gute *Ende der Geschichte*³⁴ gekommen zu sein schien und dass landauf und landab und jahrelang der Anbruch eines Zeitalters ohne Kriege und weltweit zunehmenden Wohlstands verkündet wurde: Der siegreich über den Kommunismus aufsteigende Kapitalismus könne

erst jetzt ungehindert zeigen, wes Geistes Kind er sei und was in ihm stecke. - Er hat es getan.

Die Enttäuschung der abhängig arbeitenden Menschen seit 1989 ist eine der wenigen positiven Folgen des Umbruchs. Kaum jemand macht sich noch Illusionen über das System. Die Bevölkerung hat gelernt, was Kapitalismus sie lehrt. Der Historiker und Kommunismuskritiker Wolfgang Leonhard fasste die Stimmung zusammen, die inzwischen zumindest in der deutschen Bevölkerung Raum gegriffen hat: „Es gibt in Deutschland eine weitverbreitete antikapitalistische Sehnsucht. Ich habe noch nie so viele oppositionelle, ja revolutionäre Auffassungen erlebt wie heute.“³⁵ Der Prozess von Verarmung und Bereicherung, ungleicher Besteuerung und Vermögensverteilung veranlasste eine Kommentatorin in einer durchaus bürgerlichen Zeitung zu der Äußerung: „Früher gab es in Zeiten, in denen fast alle nichts und wenige alles hatten, eine Revolution.“³⁶

Ja, früher. Und heute? Sollte es Grund zu einer sozialen Revolution geben, fehlt es an der Möglichkeit und an Mitteln dazu: Eine global gründende Wirtschaftsdiktatur politisch umzustürzen, ist nicht möglich. Erst wenn eine sozialökonomische Alternative systemisch aufscheint, kann die epochale Herausforderung auf revolutionäre Weise angenommen werden. Sie besteht dann nicht mehr in der platten Verneinung des Kapitalismus, wie durch Kommunismus, sondern in seiner Aufhebung. Das ist allerdings eine historische Perspektive. Vorerst mündet das revolutionäre Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit in den reformistischen Wunsch nach einem sozialer gestalteten Kapitalismus. Das Projekt ist zwar vormalige Sozialdemokratie, aber möglich. Was unmöglich bleibt, ist die Quadratur des Kreises: sozial gerechter Kapitalismus.

Anmerkungen

Der Sieger nimmt alles ...

- ¹ Robert Reich: Mächtige Konsumenten, machtlose Bürger. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt am Main, 3. Februar 2008, S. 11
- ² So der us-amerikanische Unternehmer Nelson Rockefeller, zitiert in: Frances Stonors Saunders: Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg, Berlin 2001, S. 240
- ³ „Raffgier hat dazu geführt, dass mit Geld Geld verdient wird. Und welche Werte werden damit geschaffen?“, fragt Ludwig Poullain, einst Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank, allerdings eher moralisch empört als analytisch gestimmt. In: Christa Farwick: Über die Zunft und die Zukunft. In: Westfalenspiegel, Münster, Heft 4, 2008, S. 50/51, hier: S. 51
- ⁴ „Wo sind denn die kritischen Manager, die sich für das Wohl der gesamten Volkswirtschaft verantwortlich fühlen, und nicht nur für ihren eigenen Job?“, fragt abermals Ludwig Poullain, a. a. O., S. 50. - In einer früheren Fassung des vorliegenden Textes hatte der Verfasser mit dem Gedanken gespielt, hier Wendelin Wiedeking, den Chef von Porsche zu nennen, bevor dieser sich ebenfalls enttarnete. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang also lieber an Robert Bosch (1861-1942)
- ⁵ Vgl. lediglich folgendes Faktum: Im Jahr 1993 wurde von der damaligen Labour-Regierung in Neuseeland die Eisenbahn privatisiert, für den natürlich zu niedrigen Preis von 400 Millionen neuseeländischer Dollar. Die Privatisierung wurde weltweit von Vertretern des Kapitals und neoliberalen Politikern gefeiert und diente als Vorbild für Privatisierungsforderungen im jeweils eigenen Land. Im Lauf der Jahre entließen die Investoren rund 21 000 der etwa 25 000 Beschäftigten, was die Kosten minderte, hinzu kamen weitere Gewinne. Indes ließen die privaten Investoren das Schienennetz und die Anlagen verrotten. Der neuseeländische Staat sah sich gezwungen, in mehreren Schritten die Eisenbahn zurückzukaufen, für insgesamt rund eine Milliarde Dollar, wozu noch Kosten für die Instandsetzung und Modernisierung usw. kommen. Vgl. dazu den Artikel: Neuseeland kauft seine Bahn zurück. Nach der Privatisierungspleite setzt die Regierung auf Verstaatlichung. In: Welt-Online, 6. Mai 2008. Im Übrigen war zu bemerken, dass der Rückkauf in den Medien viel weniger notiert wurde, als die seinerzeitige Privatisierung. – Am anderen Ende der „Verschleuderungsskala“ stehen Kommunen, wie beispielsweise Trier, wo das Stadtpalais Walderdorff Ende 1997 für 1 DM an eine Stiftung verschenkt wurde, in welchem Gebäude die Stadt nach der Renovierung Räume für eigene Einrichtungen wie die Volkshochschule anmietete, für inzwischen „mindestens 480 000 Euro jährlich.“ So Marcus Stölb: Licht und Schatten. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt am Main, 25. Mai 2008, S. V19
- ⁶ Vgl. Adrian Kreye: Deutschland privat. Wenn der städtische Raum von der Wirtschaft gestaltet wird, verliert er seinen demokratischen Charakter. In: Süddeutsche Zeitung, München, 2. November 2007, S. 15
- ⁷ Vgl. Peter Hartmann: Bananenrepublik Uefa. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt am Main, 1. Juni 2008, S. 22

-
- ⁸ Vgl. in diesem Zusammenhang Jörg Häntzschel: Die Verteidigten Staaten. In: Süddeutsche Zeitung, München, 22. Juli 2008, S. 13: „Wie der Krieg ist auch die Grenzsicherung {der USA gegenüber Mexiko} ein bedeutender privater Wirtschaftszweig geworden. Die Profiteure sind oft dieselben: Halliburton unterstützt die Nationalgarde beim Zaunbau; Boing bekam den Auftrag für den ‚virtuellen Zaun‘, das kürzlich für gescheitert erklärte Experiment elektronischer Grenzüberwachung; Wackerhut ist mit seinen weiß-roten Bussen für den Transport der Festgenommenen zuständig; und ihre Strafe sitzen sie in den kommerziellen Gefängnissen der Corrections Corporation of America (CCA) ab.“
- ⁹ Vgl. dazu die bahnbrechende Studie von Peter W. Singer: Die Kriegs-AG. Über den Aufstieg der privaten Militärfirmen. Frankfurt am Main 2006
- ¹⁰ Robert B. Laughlin: Das Verbrechen der Vernunft. Betrug an der Wissensgesellschaft. Frankfurt am Main 2008, S. 63 und S. 149, Fußnote 150 (Siehe besonders Kapitel 5: „Absurditäten des Patentwesens“). - Was den Begriff „Naturprozesse“ im vorliegenden Text angeht, wurde er verwendet, weil Laughlin ein Formulierungsfehler unterlaufen ist; er bezeichnete anlässlich der Erörterung von Patentverfahren vor Gericht die „chemischen Prozesse im menschlichen Körper“ als *Naturgesetze*, was sie aber nicht sind, obwohl sie naturgesetzlich bestimmt ablaufen (S. 55)
- ¹¹ A. a. O., S. 7
- ¹² A. a. O., S. 10
- ¹³ Ebenda
- ¹⁴ Otfried Höffe. Die Alte Welt im Recht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 18. Mai 2009, S. 7
- ¹⁵ Vgl. dazu insgesamt Hans-Ueli Vogt: Amerikanisierung des Rechts. Antrittsvorlesung an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, 28. Juni 2004. Im Internet unter obigem Titel aufzurufen
- ¹⁶ Zitiert in Franz Stark: Sprache – „Sanftes“ Machtinstrument in der globalen Konkurrenz. Paderborn 2007, S. {1} – In seinem Buch weist Stark im Einzelnen nach, wie vor allem angelsächsische Politik die Herrschaft des Englischen durchsetzt, besonders gegenüber der deutschen Sprache – wogegen der „Verein Deutsche Sprache“ inzwischen nicht ohne Erfolg auftritt. Vgl. dazu auch: Horst Hensel: Sprachverfall und kulturelle Selbstaufgabe. Eine Streitschrift. Bönen, 3. Auflage 2000
- ¹⁷ Friedrich Graf von Westphalen: Wir sind Citoyens! In: Rheinischer Merkur, Bonn, 16. Juli 2009, S. 22
- ¹⁸ Ebenda
- ¹⁹ Hubertus Gärtner: Umstrittene Wege zur milden Strafe. In: Neue Westfälische {Zeitung}, Bielefeld, 11. Mai 2007, S. {1} Vgl. dazu auch die unterschiedlichen Urteile im „VW-Skandal“, bei denen der korrupte Betriebsratsvorsitzende Volkert zu einer Haft, der ebenfalls wirtschaftskriminelle Personalvorstand Hartz – der für den SPD-Kanzler Schröder Sozialgesetze entwickeln konnte! – nach Zahlung einer Geldstrafe zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt wurde. „Die Urteile in den VW-Prozessen erinnern an eine Zwei-Klassen-Justiz“, schrieb die Reporterin Gisela Friedrichsen in ihrem Artikel In der Oktave vergriffen in: Der Spiegel, Hamburg, 25. Februar 2008, S. 102

-
- ²⁰ Bruno Schrep: Der Bienenstich-Paragraf. In: Der Spiegel, Hamburg, 30. November 2009, S. 46-51, hier: S. 51 – vom Autor wurde u. a. eine Kündigung aufgrund eines Schadens von 0,014 (!) Cent durch Auflanden eines Handys an einer Firmensteckdose mitgeteilt
- ²¹ Der Europäische Gerichtshof stelle „unternehmerische und wirtschaftliche Freiheiten über elementare Grundrechte wie die Menschenwürde und nationale Schutz- und Arbeitsrechte“, schreibt Maria Kniesburges in: Europa ja, aber nicht so! Der europäische Gerichtshof stellt die unternehmerische Freiheit über die Grundrechte. In: ver.di Publik, Berlin, 5/2008, S. 1. Siehe auch dies.: Schnitt ins eigene Fleisch. Der europäische Gerichtshof beschneidet abermals nationale Schutz- und Arbeitsrechte. In: ver.di Publik, Berlin, 6/7/2008, S. 10. Vgl. dazu auch die Äußerung des EU-Parlamentariers Martin Schulz (SPD) in einem Interview: „Der Binnenmarkt schafft europaweite Freiheiten für Unternehmen, die sozialen Rechte der Arbeitnehmer bleiben dagegen auf der Strecke. Die Waffengleichheit von Kapital und Arbeit, die wir aus den Nationalstaaten kennen, gibt es auf der europäischen Ebene nicht.“ In: Der Spiegel, Hamburg, 25. Mai 2009, S. 38
- ²² Hans-Ueli Vogt: Amerikanisierung des Rechts ..., a. a. O., S. 5
- ²³ Vgl. unter www.lobbycontrol.de die Studie „Fliegende Wechsel – die Drehtür kreist“ von Heidi Klein und Tillmann Höntzsch vom 15. November 2007 über das erschreckende Ausmaß des Wechsels von Regierungsmitgliedern und Ministerialbeamten des zweiten Kabinetts Schröder in „die Wirtschaft“ (an der Spitze der Kanzler selbst) – vorwiegend in diejenigen Unternehmensbereiche, mit denen sie als Mitglieder der Bundesregierung fachlich zu tun gehabt hatten. - Vgl. hierzu auch das durch Daten und Statistiken aufschlussreiche Werk Michael Hartmanns: Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt am Main 2007
- ²⁴ Vgl. „Agenda 2010“ im Internet-Lexikon Wikipedia
- ²⁵ Michael Hartmann: Eliten und Macht ..., a. a. O., S. 233
- ²⁶ Wolfgang Mulke: Fiskus lässt die Reichen ungeschoren. In: Neue Westfälische {Zeitung}, Bielefeld, 23. Oktober 2007, S. {1}
- ²⁷ Wenige haben in Deutschland viel Vermögen. Artikel in der Neuen Westfälischen {Zeitung}, Bielefeld, 8. November 2007, S. {1} Der Artikel bezieht sich auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom November 2007
- ²⁸ Zitiert in: Nils Minkmar: Geld mit Herz. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt am Main, 25. Februar 2007, S. 25. - Buffet soll an anderer Stelle hinzugefügt haben, dass er dies bedauerlich finde. Überhaupt ist Buffet ein hörenswerter Interpret der zeitgenössischen ökonomischen Prozesse: Nicht nur, dass er laut seinem Namensartikel im Internetlexikon Wikipedia (2011) mit einem heutigen Vermögen von 47 Milliarden US-Dollar der augenblicklich drittreichste Mensch der Welt ist, engagiert er sich auch im großen Umfang wohlätig und äußert sich system-ironisch, wenn nicht gar system-kritisch: Derivate bezeichnete er als „Financial Weapons of Mass Destruction“. Er weiß also, was er sagt, wenn er die Existenz von „Klassenkampf“ bestätigt und davon spricht, dass seine Klasse gewinne
- ²⁹ Vgl. dazu das Werk: Projekt Klassenanalyse@BRD: Mehr Profite – mehr Armut – Prekarsierung und Klassenwiderspruch. Essen 2004. Etliche Autoren des Bandes scheinen traditionell kommunistisch orientiert zu sein, so dass nicht zufällig eine inflationäre Auffassung

von „Arbeiterklasse“ vertreten wird (gefasst als „Mehrwertproduzenten“), womit dieser Begriff gerettet werden soll, auch wenn er nur noch wenige „Arbeiter“ umgreift – die übrigens den Teufel tun werden, sich theoriegemäß zu verhalten. Mit diesem Ansatz korrespondiert das Projekt Klassenanalyse@BRD dem seinerzeitigen durchaus verdienstvollen Werk „Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970“, hg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt am Main 1973-1975, insbesondere seinen Ausführungen über die „Arbeiterklasse“ in Teil I, Kap. 5.1.2, S. 137-153. – Indes gelangt auch das Projekt Klassenanalyse noch nicht zu einer wissenschaftlich präzisen und unideologischen Begriffsbestimmung. Dazu wäre eine Wirtschaftswissenschaft aufgerufen, die sich als Gesellschaftswissenschaft versteht und den Zugriff aufs Ganze wagt. Tatsächlich verzettelt sie sich in mikrologischen Untersuchungen; sie mathematisiert Teilprozesse und verfehlt die Wirklichkeit. Was sie voraussagt, tritt nicht ein. Sie ist eine zutiefst apologetische Wissenschaft, die inzwischen Züge einer weltlichen Theologie angenommen hat. - Zu diesem Phänomen des Ausweichens vor der Wirklichkeit gehört die Ideologisierung der öffentlichen Sprache: Vom „ehrbaren Kaufmann“ ist längst keine Rede mehr, auch der jahrzehntelang gebrauchte und beschworene und natürlich narkotisierende Begriff der „Sozialpartnerschaft“ ist ausgesondert worden, was in diesem Fall ein Beleg für die Rohheit der neuen Verhältnisse ist, ebenso die Forderung nach „Wohlstand für alle“ des bürgerlichen Wirtschaftspolitikers und einstigen Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Ludwig Erhard, heute fast schon eine revolutionäre Parole; andere Begriffe sind dem Jargon der Ökonomen angepasst; aus Schülern und Patienten werden „Kunden“, Sicherheit wird nicht geschaffen, sondern „produziert“, man stellt sich nicht dar oder jemandem vor, sondern „verkauft“ sich, und so geht es fort, bis sich durch mannigfache Äußerungen hindurch die heimliche Leitwissenschaft der Epoche, die Betriebswirtschaftslehre als Stichwortgeberin der Epochendiskussion durchgesetzt hat, spiegelt dies doch den Sieg des privatökonomischen Prinzips über alle anderen der Gesellschaft wider

³⁰ Demnach könnte der *sozialökonomische Prozess* der Herausbildung dieses Kapitalismus als *Kapitalistische Refeudalisierung* der Gesellschaft bezeichnet werden, da sich u.a. allmählich so etwas wie eine kapitalistische Fürstenklasse entwickelt hat, die sich praktisch steuerfrei gestellt und sich überall schrittweise „Lehen“ zugelegt hat, dann die dementsprechende *Politik* als *Kapitalistischer Absolutismus*, was sich von selbst erklärt, und schließlich dasjenige, was sich als *epochale Lebensform* herausbildet, als *Feudalistischer Kapitalismus*, weil über „Untertanen“ wie im Feudalismus verfügt zu werden scheint, wobei die Herrschaft des kapitalistischen Hochadels bzw. seines Kapitalismusmodells zwar nicht mehr wie einst als gottgewollt, aber doch als entwicklungslogisch alternativlos empfunden werden soll. - Der Begriff *Totalitärer Kapitalismus* lässt sich schon in der „Kritischen Theorie“ nachschlagen, allerdings mit anderem Zungenschlag; er wird auch als Kapitalismus unter einer totalitären politischen Diktatur verstanden, und die Annäherung an den Sachverhalt durch Vergleiche mit Erscheinungen des Feudalismus kommt inzwischen ebenfalls sehr häufig vor (vgl. lediglich die folgenden Fußnoten). Es zeigen sich also vielfältige und oft parallel laufende Bemühungen um eine Typisierung des gegenwärtigen Kapitalismus. Der vorliegende Beitrag ist nur eine davon, und lediglich eine essay-

istische, wenngleich die genannten Termini beim Verfasser schon seit Mitte der 1990er Jahre in Notizen, Briefen und Tagebucheinträgen nachzuweisen sind

³¹ Ryszard Kapuściński: Notizen eines Weltbürgers. Frankfurt am Main 2007 (poln. Ausgaben 2000 und 2002), S. 172

³² Pascal Bruckner: Konsumorgie der Glückssucher. Ein MUT-Interview mit dem Essayisten Pascal Bruckner. In: Mut, Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 444, Asendorf 2004, S. 13

³³ Richard Rorty: Feind im Visier. Im Kampf gegen den Terror gefährden westliche Demokratien die Grundlagen ihrer Freiheit. In: Die Zeit, Hamburg, 18. März 2004, S. 50

³⁴ Vgl. Francis Fukuyama, der mit der Dialektik bzw. Widerspruchslogik Hegels und Marx' in den Händen, aber nicht im Kopf *Das Ende der Geschichte* behauptete (München 1992)

³⁵ Geäußert in: Jörg Burger: „Ein Leben in Gefahr“. {Gespräch mit Wolfgang Leonhard}. In: Die Zeit, Hamburg, 12. April 2007, S. 69

³⁶ Nicole Hille-Priebe: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Riss statt Ruck. In: Neue Westfälischen {Zeitung}, Bielefeld, 8. November 2007, S. {2}